

Klima-Plänchen in Hamburg

nach dem Klima-Paketchen in Berlin. Grüner wirds nicht!?

Hamburg, 4. Dezember 2019

Am 3. Dezember 2019 stellte der Senat in Hamburg seinen neuen Klimaplan und seinen Entwurf für ein erweitertes Klimaschutzgesetz vor.

Die Bewerbung durch den Ersten Bürgermeister – „Grüner wird's nicht“ – ist mehrdeutig, sie kann heißen: Zu mehr raschem und wirksamem Klimaschutz und zu einer stärkeren Reduzierung von Treibhausgasen konnte sich der Hamburger Senat nicht durchringen. Oder an die Autofahrer- und Wirtschafts-Lobby gewandt: Keine Angst – mehr Klimaschutz lässt die SPD nicht zu. Anreize ja, aber Ge- und Verbote nein.

Ähnlich wie die Bundesregierung will der Hamburger Senat die CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken. Entsprechend den Forderungen „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016)“ (WBGU) WBGU **müssten es jedoch 65 % sein**. Aus Gründen der Klimagerechtigkeit noch wesentlich mehr. Denn die Industrieländer haben die Klimakrise verursacht. Der BUND Hamburg fordert daher zu Recht eine Absenkung bis 2030 **um fast 80 %**, damit Hamburg bis 2035 „nahezu klimaneutral“ werden kann.

Die 55 % des Senats stehen zwar auf dem Papier des schon ohne Anlagen 63 Seiten starken **Klimaplans**. Das Erreichen von mehr als der Hälfte der zugesagten CO₂-Einsparungen bis 2030 ist nicht abgesichert oder fraglich, wie der BUND Hamburg in einer ersten Auswertung vorgerechnet hat.

Der Klimaplan geht davon aus, dass noch bis zum Jahr 2040 weitere Steigerungen des Flugaufkommens über **Hamburg Airport** erfolgen. Dass mit einer Umstellung auf synthetisches Kerosin nicht viel gewonnen ist, weil auch dabei Wasserdampf in die Atmosphäre ausgestoßen wird, wird ignoriert. Ob durch Kompensations-Maßnahmen eine Begrenzung der schädlichen Klimawirkungen des Flugverkehrs erreicht werden kann, ist zweifelhaft.

Maßnahmen zur sofortigen Reduzierung von CO₂ wie der Verzicht auf die **Stromerzeugung aus Kohle** in den Heizkraftwerken Wedel und Tiefstack im Sommer, wenn diese nicht für die Fernwärme gebraucht werden, lehnen der Senat und die Mehrheit der Bürgerschaft schroff ab. Dabei wären die finanziellen Aufwendungen klein im Vergleich zu den teuren Projekten zum U- und S-Bahnbau.

Vieles wird im Klimaplan aufgezählt, was schon lang beschlossen wurde, und vieles, was erst in ferner Zukunft Klimaschutz-Wirkungen bringen wird wie der Aufbau einer Wasserstoff-Wirtschaft.



HAMBURGER ENERGIETISCH

Vielfach geht es im Klimaplan vorrangig um Stadtentwicklung, Industriepolitik und Wirtschaftswachstum, und nicht um Klimaschutz.

Zu begrüßen sind das Verbot von Heizkesseln mit flüssigen fossilen Brennstoffen und die Verpflichtung zur Nutzung von solarer Energie auf Dachflächen im erweiterten Klimaschutzgesetz.

Der **Dekarbonisierungsfahrplan** verlangt von den Wärmenetzbetreibern bis 2030 mindestens 30 % erneuerbare Wärme. Im Umkehrschluss können sie 2030 noch immer bis zu 70 % fossile und Müllwärme liefern, die keineswegs viel klimafreundlicher ist als mit fossilem Erdgas erzeugte Wärme.

Unverständlich ist, dass das erweiterte Klimaschutzgesetz nur Reduktionsvorgaben für CO₂ und nicht für alle Treibhausgasen enthält. Vor der gefährlichen Erhöhung des äußerst wirksamen Klimagases **Methan** mit zunehmendem Einsatz von **Fracking-Erdgas** aus Nordamerika verschließt der Senat die Augen.

Der neu eingeführte **Klimabeirat**, dessen Mitglieder vom Senat benannt werden, ist ein sehr schwaches Gremium ohne wesentliche Rechte. Der Senat kann ihn so besetzen, dass er nicht viel mehr als eine Feigenblatt-Funktion haben wird.

Was also soll man von Tschentschers Ansage „Grüner wird's nicht“ halten? Kann sich jeder seinen eigenen Reim darauf machen? Senator Kerstan: „Ich und meine Behörde (haben) das anspruchsvollste und weitreichendste Klimaschutzgesetz vorgelegt“. Wäre nicht ein bisschen mehr Bescheidenheit am Platz, wenn man bedenkt, um was es geht? Immer dringlicher warnen Klima-Wissenschaftler davor, dass bald die **Kippunkte** im Erdsystem überschritten werden könnten, die einen sich selbst verstärkenden Übergang in eine lebensfeindliche Heizeit nach sich ziehen.

Nach den Forderungen des „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016)“ müssen zwischen 2020 und 2030 weltweit die CO₂-Emissionen halbiert werden. Der WBGU: Eine „Herkules-Anstrengung“! Verglichen damit gleicht der Hamburger Klimaplan mehr einer Zwergen-Anstrengung.

„Alarmierend“ nannte selbst die Umweltministerin Schulze (SPD) am 26.11.2019 die Ergebnisse des zweiten Monitoring-Berichts zum Klimawandel in Deutschland.

Allein in Deutschland folgten dem Aufruf von Fridays for Future am 29.11.2019 Hunderttausende an 520 Orten. In Hamburg waren es trotz Kälte um die 50.000.

UN-Generalsekretär Guterres in Madrid am 2.12.19 bei der Eröffnung der 25. UN-Klimakonferenz: "Wollen wir wirklich als die Generation in Erinnerung bleiben, die den Kopf in den Sand gesteckt hat, die nichts getan hat, als der Planet brannte?"

Rückfragen an: Gilbert Siegler 0176 510 19 592